

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/240

16. Dezember 1971

Verfahrensstand gegen NS-Verbrechen

Eine Kierstellung zu kritischen Auslandsstimmen

Von Gerhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz

Seite 1 und 2 / 96 Zeilen

Die neuen Mitbürger aus Polen

Erfahrungs-Fazit: Freiheit ist nicht immer bequem

Von Herbert Hellmann MdL
Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Die SPD und ihre Frauen

Emanzipatorischer Nachholbedarf wird immer größer

Von Annemarie Renger MdB
Mitglied des Präsidiums der SPD und Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführerin

Seite 5 und 6a / 58 Zeilen

Lob für Egon Bahr

Der Mann, der für uns verhandelt

Seite 6 und 7 / 60 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 858 846 / 888 847
898 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Verfahrensstand gegen NS-Verbrechen

Eine Klarstellung zu kritischen Auslandsstimmen

Von Gerhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz

Die vorwurfsvolle Behauptung der DDR-Presse, daß Bonn seit einem Jahr die UNO-Konvention vom 11. November 1970 über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsvorschriften auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ignoriere, entspricht in Stil und Inhalt vielfältigen Angriffen auch aus dem westlichen Ausland, deren übereinstimmender Tenor ist, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht mit der nötigen Energie die Abwicklung von NS-Verfahren betreibe. Demgegenüber habe ich im Entwurf einer Antwort an den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf eine Aufforderung der Vollversammlung hin schon im Frühjahr ausführliche Erklärungen abgegeben.

Ergänzend dazu ist zu sagen: Es ist zwar richtig, daß zwischen der Zahl der Personen, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind (= 74.052), und der Zahl der rechtskräftig Verurteilten (= 6.290) ein erheblicher Unterschied besteht. Dabei werden aber oft folgende Tatbestände übersehen:

Zunächst muß betont werden, daß die Besatzungsbehörden und ausländischen Gerichte einen großen Teil der führenden Nationalsozialisten abgeurteilt haben. Ferner hat sich eine größere Zahl von Verdächtigen einem Gerichtsverfahren durch Selbstmord entzogen (z.B. Himmler, Göbbels, Reichsjustizminister Thierack, die Gauleiter Gieseler, Henlein, Jury, Dr. Meyer, Murr, Rust, Simon, Sprenger, Felschow und Terboven). Eine erhebliche Zahl von Verdächtigen ist verstorben (z.B. der Präsident des Volksgerichtshofs, Freisler, der 1945 bei einem Fliegerangriff umkam, SS-Oberführer Dirlwanger, der 1945 erschlagen wurde, General Lammerding, der am 14. Januar 1971 in Bayern starb). Einige Beschuldigte konnten sich einem Verfahren durch die Flucht entziehen, z.B. der SS-Standartenführer Walter Rauff, der in Chile lebt; ein Teil von ihnen wurde inzwischen auf Grund der Bemühungen der Bundesregierung ausgeliefert (Vorberg, Dr. Kröger, Dr. Schumann, Dr. Bohne und Stangl).

In Polen wurden über 16.000 Deutsche wegen NS-Verbrechen verurteilt. Darunter befanden sich rund 600 Personen, die im KZ Auschwitz tätig gewesen waren. Der erste Auschwitz-Kommandant Höß wurde 1948 ebendort hingerichtet. Ein späterer Kommandant Liebehenschel wurde 1947 in Krakau hingerichtet. Ein anderer zeitweiliger Lagerkommandant Hartgenstein wurde von einem britischen Militärgericht verurteilt, dann an Frankreich ausgeliefert und dort zum Tode verurteilt; er starb 1954 in Paris. Der letzte Lagerkommandant Baer starb 1963 in Frankfurt in Untersuchungshaft. Von dem übrigen Lagerpersonal war ein großer Teil (z.B. Leute, die nur als Wachtposten eingesetzt waren) keines bestimmten Verbrechens zu überführen. Dieses Beispiel des Lagers Auschwitz mag verdeutlichen, wie gering schließlich die Zahl derer war, die für eine durch-

greifende Strafverfolgung übrig blieben.

Die große Zahl der Ermittlungsverfahren beruht darauf, daß ganze Einheiten systematisch überprüft wurden. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Personen, die unschuldig waren oder denen kein Verbrechen nachzuweisen war.

Die praktischen Auswirkungen der Änderung des § 50 Abs. 2 durch das Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeitengesetz vom 24. Mai 1968 (BGBl. I, S. 503) waren verhältnismäßig gering. Der überwiegende Teil der Taten wurde nämlich nicht nur aus niedrigen Beweggründen, sondern auch heimtückisch oder grausam begangen, so daß § 50 Abs. 2 einer Bestrafung des Gehilfen nicht entgegensteht.

Die von der DDR-Pressen aufgegriffene Behauptung, daß in vielen Fällen die Urteile skandalös niedrig ausfallen oder die überführten Täter gar nicht erst vor Gericht erscheinen müssen, weil sie angeblich wegen Krankheit nicht verhandlungsfähig sind, ist nur scheinbar richtig. Zu bedenken ist, daß den Tätern vielfach nur eine entfernte Tatbeteiligung nachzuweisen ist. In diesen Fällen muß die Strafe im Interesse einer angemessenen Strafabstufung niedriger ausfallen als bei nachgewiesener eigener Mordhandlung.

Die relativ häufige Verhandlungs- oder Haftunfähigkeit der Beschuldigten erklärt sich daraus, daß der betroffene Personenkreis heute durchweg in einem Lebensalter steht, in dem jede Gruppe der Bevölkerung - auch eine willkürlich herausgegriffene - den Strapazen einer langwierigen und psychisch außerordentlich belastenden Hauptverhandlung oder gar einer Haft weniger gewachsen ist als eine Gruppe aus den niedrigeren Altersstufen, in denen nach den statistischen Erfahrungen die Kriminalität besonders häufig auftritt. Als weiterer - inzwischen vielfach bekannter - Umstand kann nicht außer Betracht bleiben, daß mit zunehmender zeitlicher Entfernung von den Tathandlungen die Schwierigkeit wächst, dem Beschuldigten das Tatgeschehen und seinen Tatbeitrag eindeutig nachzuweisen. So gibt es heute schon eine große Zahl von Zeugen, die sich weigern, die für sie schrecklichen Ereignisse aus der Zeit von vor 30 Jahren nochmals im Rahmen einer ausführlichen Vernehmung aufleben zu lassen.

Die lange Dauer der meisten Ermittlungsverfahren und auch der Hauptverhandlungen erklärt sich vor allem daraus, daß die Zeugen meist in langwierigen und umständlichen Verfahren ermittelt werden müssen und alsdann oft nur im Ausland vernommen werden können, und daß die Zahl der jeweils für einen Taktkomplex benötigten Zeugen häufig mehrere hundert beträgt. Schließlich spielt für die scheinbare Verzögerung eine Rolle, daß viele ausländische Staaten, die Belastungsmaterial in ihrem Besitz haben, dieses nicht oder erst relativ spät zur Verfügung gestellt haben. Das angebotene Material mußte in der Regel erst übersetzt und dann ausgewertet werden, ehe überhaupt feststellbar war, ob es für ein abhängiges Verfahren oder für ein neu einzuleitendes Ermittlungsverfahren dienlich sein konnte. Noch heute wird z.B. von der polnischen Hauptkommission zur Aufklärung von NS-Verbrechen Material zwar zur Verfügung gestellt, deutschen Staatsanwälten aber die Möglichkeit nicht eingeräumt, die polnischen Archive selbst zu prüfen. Die Erledigung von Rechtsbehelfersuchen weist darüber hinaus eine außerordentliche unterschiedliche Dauer auf. Auch dadurch treten häufig nicht geringe Verzögerungen im Fortgang der Ermittlungsverfahren ein.

(-/ex/16.12.1971/ks)

Die neuen Mitbürger aus Polen

Erfahrungs-Fazit: Freiheit ist nicht immer bequem

Von Herbert Hellmann MCL

Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten

Seit vielen Jahren gehört es zur Tradition des Grenzdurchgangslagers Friedland, in den vorweihnachtlichen Tagen die gerade eingetroffenen Übersiedler aus Polen und die vielen Freunde, die Friedland für seine humanitäre Aufgabe in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gefunden hat, zu gemeinsamen Adventsfeiern zusammenzuführen.

Die jüngste Entwicklung unterstreicht in aller Deutlichkeit, daß Friedland nach wie vor der Hilfe seiner alten Freunde bedarf und für die Lösung der ihm gestellten Aufgaben gar nicht genug Freunde haben kann. Der große Aufgabenkatalog, der sich mit dem Namen Friedland verbindet, ist keineswegs auf das Geschehen in diesem Grenzdurchgangslager beschränkt. Die eigentlichen Aufgaben beginnen, wenn nach Verlassen dieses Lagers unsere neuen Mitbürger an die Orte gelangt sind, wo sie von Anfang an beginnen müssen.

Wir bemühen uns nach besten Kräften, ihnen das Einleben in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Das gilt für die Beschaffung von angemessenen Wohnungen ebenso wie für die Eingliederung in den Beruf, die Ausbildung von Jugendlichen und schulpflichtigen Kindern oder auch die zügige Abwicklung der Rentenverfahren für die älteren Übersiedler. Behörden, Kirchen, Verbände und sicher auch viele Mitbürger, denen die neuen Mitbürger als Nachbar oder als Kollege am Arbeitsplatz begegnen, werden bei dem Übergang mit Rat und Tat zur Seite stehen. Gelegentliche Schwierigkeiten werden sich nicht ausschließen lassen. Es wäre unrealistisch, das nicht sehen zu wollen. So können wir zum Beispiel keine

Wohnungen auf Vorrat bauen. Bis zur Ankunft der neuen Mitbürger weiß man oft nicht, in welches Bundesland oder an welchen Ort der Bundesrepublik sie gehen möchten und wie groß ihre Familie ist. Aber es ist in allen Fällen, wo sie noch nicht sofort eine endgültige Unterkunft beziehen können, dafür gesorgt, daß sie ordentlich untergebracht werden.

Diese neuen Mitbürger kommen in ein Land, dessen Verfassung allen seinen Bürgern ein großes Maß an persönlicher Freiheit garantiert. Nicht immer ist Freiheit bequem. Trotz aller Hilfen wird ihr weiteres Leben entscheidend auch von ihrer eigenen Initiative und Entschlußkraft abhängig sein. Aufgrund der Erfahrung, daß der Weg zu einem qualifizierten Beruf nur über die Aneignung ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache führt, haben wir Förderschulen eingerichtet. Gerade Kinder sollten nicht die Zukunftschancen dadurch verbaut werden, daß sie sie ohne ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache als ungelernete Arbeiter ans Fließband geschickt werden, auch wenn der gute Verdienst und die Schaufenster noch so verlockend sein mögen. Wenn Schwierigkeiten auftreten sollten, dann sollte sich keiner unterkriegen lassen, denn wer unverschuldet in Not gerät, dem wird geholfen. Die neuen Mitbürger haben sich in schweren Jahren als Minderheit in der alten Heimat behauptet. Sie werden nunmehr als Deutsche unter Deutschen ihr Leben noch besser meistern.

(-/ee/16.12.1971,ks)

+ * +

Die SPD und ihre Frauen

Emanzipatorischer Nachholbedarf wird immer größer

Von Annemarie Renner MdB

Mitglied des Präsidiums der

SPD und Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführerin

Die Delegierten des Außerordentlichen Parteitagcs der SPD treten in Bad Godesberg noch einmal zusammen, um über organisatorische Fragen zu beraten und zu beschließen. Dabei werden sicher die Erfahrungen eine Rolle spielen, die im ersten Teil des Parteitages mit der Beratung der Antragsflut gemacht werden konnten. Man wird überlegen müssen, wie in Zukunft die Beratungen rationaler erfolgen können, wobei allerdings dem Vorschlag der Antragskommission, den Ortsvereinen das Antragsrecht an den Parteitag zu nehmen, nicht entsprochen werden sollte.

Man muß also darüber nachdenken, wie die Initiative und die Mitarbeit des einzelnen Mitgliedes gesichert und aktiviert werden kann; aber die Beratungen, angefangen von der Ortsvereinsebene über den Unterbezirk, über den Bezirk und dann zum Parteitag, bedeuten eine zeitliche Beanspruchung, die nur noch wenigen eine Mitarbeit ermöglichen und dadurch dann auch einen völlig neuen Typ des Delegierten unausweichlich machen müßten.

Aus einem Parteiamt aber, das das Parteimitglied hauptsächlich nur in seiner Freizeit und ehrenamtlich beschäftigt, sollte nicht das Amt eines Funktionärs entstehen, dessen Hauptaufgabe in Besuchen von Sitzungen, Veranstaltungen, Wahlvorgängen usw. liegt. Würde das um sich greifen, und wir sind auf dem besten Wege dazu, dürfte nicht nur eine ganze Anzahl der Parteimitglieder an der Parteiarbeit müde werden. Für eine Gruppe aber innerhalb der Partei, nämlich für die weiblichen Mitglieder, die häufig durch Berufstätigkeit und Familienpflichten doppelt belastet sind, müßte eine intensive Mitarbeit immer schwieriger werden. Das würde sich natürlich auf noch stärker als bisher auf die Teilnahme von weiblichen Delegierten auf den Parteitagen auswirken.

Wer aber die Beiträge der weiblichen Delegierten auf dem Bonner Parteitag gehört hat, die sich ebenso mit der Steuer- und Me-

dienpolitik beschäftigten wie mit dem § 21B, wird meiner Feststellung zustimmen, daß es darauf ankommen muß, in Zukunft mehr Beiträge von Frauen dieser Qualität zu erhalten. Ich füge sehr ernsthaft hinzu, daß es auch weit mehr Frauen in unserer Partei gibt, die als Delegierte mitwirken könnten.

Zu den offenkundigen und möglichen Leistungen und Fähigkeiten der Frauen steht jedoch im Widerspruch, daß von den 345 stimmberechtigten Delegierten lediglich 21 Frauen waren, wovon sieben Frauen dem Parteivorstand und der Kontrollkommission angehörten.

Von den einzelnen Bezirken haben lediglich Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Ostwestfalen-Lippe, Westliches Westfalen, Niederrhein, Mittelrhein, Baden-Württemberg und Berlin Frauen entsandt. 14 Bezirke haben also überhaupt keine Frau delegiert.

Wenn auf dem Godesberger Parteitag daher über die Organisation der Partei und die Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften diskutiert wird, dann sollte man diese Zahlen im Gedächtnis behalten. Gerade ein Übermaß an Parteitätigkeit, dem häufig nur noch öffentlich Bedienstete, Studenten, hauptberufliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre oder Junggesellen entsprechen können, schließt weitestgehend die Frauen, insbesondere aber die verheiratete Frau, von der politischen Mitbeteiligung aus. Die SPD hat jedoch ein großes Interesse daran, den Frauen und den Bürgern überhaupt die Scheu vor einer Überbeanspruchung durch die Parteiarbeit zu nehmen, ohne allerdings dabei die politische Willensbildung und Verbreitung sozialdemokratischer Zielsetzung zu vernachlässigen.

1969 hatte die SPD ihren Wahlerfolg zu einem guten Teil dem zunehmenden Interesse der Frauen für die Politik zu verdanken. Aus einem bloßen Interesse nun aber auch den konkreten Wunsch nach aktiver Mitwirkung zu machen, das sollte sich die SPD als Zielaufgabe vornehmen, weil erst dann das politische Engagement der Frauen gesichert ist. (-/ex/16.12.1971/bgy)

Lob für Egon Bahr

Der Mann, der für uns verhandelt

Gewiß, es ist auch in der SPD so, die für die einen eine Volkspartei und für die anderen eine Klassenpartei ist. Dank für tüchtige Leute gibt es erst dann, wenn sie 65 oder 70 Jahre oder noch älter geworden sind, und man also eben ein Jubiläum feiern muß, oder wenn sie, sollte die Partei nach Vieljahrzehnteabstand an der Regierung sein, ihre Fähigkeit in hellbeleuchteten Regierungsämtern öffentlich nachweisen können. Orden und Auszeichnungen? Nun ja, und gerade dem gegenwärtigen Bundespräsidenten war es von Anfang an zuwider, die Bundesverdienstkreuze solange mit der Kanne ausgießen zu müssen, bis sie zum Alltagsstandard gehören werden.

Über diese despektierliche Einleitung werden sich manche Ärgern, viele werden sich hoffentlich verständnisinnig amüsieren. Aber sie ist auf jeden Fall notwendig, um zu verhindern, daß Übelwollende oder lässige Leser in den folgenden Sätzen eine der üblichen Lobhudeleien sehen, die man eben so schreibt, wenn man Genosse ist, um einem Genossen einen Gefallen zu tun. Es kommt aufs selbe hinaus, wenn man Parteifreund sagt.

Der Berufsjournalist und heutige Staatssekretär Egon Bahr, gebürtiger Thüringer und gelernter Berliner, ist mit seinen 49 Jahren zu einer öffentlichen Person sui generis geworden. Der Normalbürger hat sich daran gewöhnt, den Namen Egon Bahr in den Gazetten zu lesen und in Funk und Fernsehen zu hören, wenn es um die ebenso konkrete wie mühselige Praxisausführung der ost- und verständigungspolitischen Intentionen des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt geht.

Der Normalbürger erinnert sich, hört oder liest er den Namen Egon Bahr, an die mühselige Kärnerfunktion in der mora-

telangen Vorbereitung und Ausarbeitung des deutsch-sowjetischen Vertrages. Der Normalbürger hat den Namen Egon Bahr auch im Kopf, wenn er an dasselbe harte Geschäft bei der Aushandlung des Bonn-Ostberliner Abkommens denkt. Dabei verbindet er mit dem Namen, je nach dem politischen Standort, Anerkennung oder Ablehnung, aber er muß auf jeden Fall Position beziehen, denn der Mann Egon Bahr zwingt zur Stellungnahme: durch sein Amt, durch seine Person und durch seine Arbeit.

Dem ist genau so, wenn Egon Bahr, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, an diesem Freitag in Bonn das von ihm ausgehandelte und von der Bundesregierung bestätigte Abkommen mit Ostberlin unterzeichnen wird. Dieses zwischen deutsche Abkommen, das erste und bisher einzige seiner Art, hat in getreuer Ausführung der Intention Willy Brandts die seit Jahrzehnten fest verbarrikadierte Tür zwischen der BRD und der DDR ein gutes Stück geöffnet. Durch diese breite Lücke können wir von Bonn nach Ostberlin und können die von Ostberlin nach Bonn mit Augen sehen und mit Ohren hören, die nicht mehr vom Kleister des Kalten Krieges verklebt sind.

Gewiß, die Lücke ist, so breit sie auch schon ist, immer noch viel zu schmal, und der Weg zu einer Verständigung, die ihren Namen auch wirklich verdient, wird noch schwierig sein und lange dauern. Normal wird das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sowieso erst sein, wenn es keine Minen mehr an dieser bitterbösen Grenze geben wird, und wenn der Schießbefehl zum Archivmaterial einer schrecklichen Vergangenheit gehört.

Wir wollen aber nicht solange warten, bis wir ein ehrliches Wort des Dankes an den Mann sagen, der für uns verhandelte, paraphierte und unterzeichnete. Wir brechen uns keine Vorberung ab, wenn wir das auch auf die Gefahr hin tun, von Springer-Blättern als "Danksager" vermiesst zu werden. Die haben genug damit zu tun, jahraus jahrein Springer und Strauß zu loben. Also loben wir hier und heute Egon Bahr. (ee/ee/16.12.1971 bgy)